

Interpellation Gächter-Berneck / Habegger-Neu St.Johann (37 Mitunterzeichnende)
vom 25. September 2007

Staatskundeunterricht an den St.Galler Schulen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 30. Oktober 2007

Die Interpellation fordert die Schaffung eines Schulfaches «Staatskunde» bereits in der Oberstufe der Volksschule. Bemängelt wird, dass die Schweizer Jugendlichen im Vergleich zu anderen Staaten Europas nur über ein geringes Wissen über das Staatswesen Schweiz verfügten. Darin wird eine Ursache für die geringe Beteiligung von jungen Erwachsenen an Wahlen und Abstimmungen gesehen. Der Staatskundeunterricht sei auch ein wesentlicher Bestandteil bei der Integration von ausländischen Jugendlichen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Ein demokratischer Staat ist auf interessierte, wissende und aktive Bürger und Bürgerinnen angewiesen. Es ist deshalb im Sinn eines dauernden Prozesses darauf zu achten, dass diesen Bürgern und Bürgerinnen die notwendigen Grundlagen vermittelt werden, ihr Interesse an politischen Fragestellungen und Prozessen geweckt sowie ihre aktive Beteiligung angeregt und unterstützt wird. Dass dies schon bei Jugendlichen beginnen muss, ist offensichtlich. Sind sie nämlich frühzeitig motiviert und interessiert, sind Voraussetzungen für ihre künftige Beteiligung im Erwachsenenalter geschaffen.

Bereits in ihrer Stellungnahme auf die Motion 42.05.11 «Politische Bildung in der Schule», in der eine gesetzliche Grundlage für die Schaffung einer Stundendotation für die politische Bildung gefordert wurde, hat die Regierung festgehalten, dass die Sensibilisierung für politische Fragen und die Vermittlung von Sachwissen zur Politik Aufgaben der Schule seien. In der Volksschule – so wurde angeführt – sind politische Themen obligatorische Inhalte der beiden Teilbereiche «Individuum und Gemeinschaft» sowie «Räume und Zeiten». In der Oberstufe nimmt die politische Bildung einen breiten Raum ein, obwohl sie ebenso wie zum Beispiel Geschichte nicht als eigenständiges Fach geführt wird. Unter dem Richtziel «Gemeinschaft erfahren und erleben» lernen die Schülerinnen und Schüler Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit und setzen sich mit Meinungsverschiedenheiten auseinander. Im Teilbereich «Räume und Zeiten» sind eine Reihe von verbindlichen Grobzielen der politischen Bildung enthalten. So setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit Staatsformen, den Verflechtungen zwischen der Schweiz, Europa und der Welt, sowie den aktuellen politischen Fragen auseinander. Sie lernen die öffentlichen Einrichtungen, die politischen Institutionen sowie die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger kennen. Die genannten Ziele sind verbindlich und liegen nicht im Ermessen der Lehrkräfte. Der Kantonsrat hat am 27. September 2005 «Nichteintreten» auf die Motion beschlossen.

In der Mittelschule sind entsprechende Unterrichtsinhalte fester Bestandteil der gymnasialen Ausbildung, wenn auch nicht in einem eigenständigen Fach, sondern im Rahmen des Lehrplans im Fach Geschichte. Im Berufsschulunterricht wird politische Bildung im Gefäss des allgemein bildenden Unterrichts vermittelt. Bei Jugendlichen im Volksschulalter steht die Vermittlung von Grundlagen für das gemeinschaftliche Zusammenleben im Vordergrund. Die politischen Abläufe, an denen sich der Schüler oder die Schülerin beteiligen kann, z.B. Wahlen oder Abstimmungen, liegen noch relativ weit weg und interessieren daher tendenziell weniger, weil sie nicht im direkten Erfahrungsbereich der Jugendlichen liegen. Die Vermittlung der spezifi-

schen Instrumente der Schweizerischen Politik ist deshalb nicht primäre Aufgabe der Volksschule, sondern der Sekundarstufe II.

Für das Unterrichten politischer Themen stehen den Lehrkräften eine Reihe von Hilfsmitteln zur Verfügung. Dazu gehören ein breites Angebot von Lehrmitteln und Unterrichtsmedien sowie eine Internetplattform des Amtes für Volksschule. Im kantonalen Weiterbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer werden ergänzend regelmässig Kurse zu staatspolitischen Themen – meist im Zusammenhang mit neuen Lehrmitteln – ausgeschrieben.

Die Rahmenbedingungen für das Unterrichten politischer Themen und die dazu notwendigen Hilfsmittel sind somit vorhanden. Das Fehlen eines spezifisches Zeitgefässes könnte jedoch dazu führen, dass den politischen Themen zu wenig Beachtung geschenkt wird. Die Regierung sieht hier einen Handlungsbedarf: Die Lehrpersonen aller Stufen und insbesondere die Schulleitungen sind darauf zu sensibilisieren, den politischen Themen als Grundlage für das Zusammenleben in unserer Demokratie die nötige Beachtung zu schenken. Ab dem Schuljahr 2008/09 tritt in der Primarschule die auf Grund der Blockzeiten und der Einführung des Englischunterrichts modifizierte Lektionentafel in Kraft. Dies Veränderungen bedingen eine Anpassung des Lehrplans der Oberstufe auf den Beginn des Schuljahrs 2012/2013. Auf diesen Zeitpunkt ist zu prüfen, ob und wieweit in der Oberstufe der Vermittlung von staatskundlichen Themen eine höhere Verbindlichkeit eingeräumt und allenfalls ein Zeitgefäss geschaffen werden könnte. Die Schaffung eines eigenständigen Faches Staatskunde steht in der Volksschule jedoch nicht im Vordergrund.